
Die Zukunft der Christlichen Demokratie in Europa

Christoph Böhr

Auf einer Konferenz in Budapest über die Zukunft der Christlichen Demokratie zu sprechen, erscheint uns heute selbstverständlich. Aber die Freiheit des Wortes war einem Teil der Europäer lange verwehrt. Es ist gerade einmal eine Dekade vergangen, seit wir den Zusammenbruch des Totalitarismus in Europa erlebt haben. Nie wäre die Mauer, die unseren Kontinent über Jahrzehnte in zwei Teile spaltete, gefallen, wenn nicht allen voran die Ungarn mit unvorstellbarem Mut, einem unbändigen Freiheitswillen und mit kluger Entschlossenheit die Gunst der historischen Stunde genutzt hätten. Alles nahm in Ungarn seinen Anfang.

Innerhalb weniger Tage erschütterte damals, 1989, eine friedliche Revolution die Fundamente der Politik in ganz Europa. Als das Beben einsetzte, musste man kein Prophet sein, um zu ahnen, dass diese Revolution eine neue Epoche einläutete. Unruhen und Wirren, wie sie jeder Revolution zu eigen sind, begleiten seitdem die europäische Geschichte. Wie könnte es auch anders sein? Und immer noch dauert die Revolution an. Europa ist auf der Suche nach einer neuen Ordnung; die glücklichen Stunden der Befreiung scheinen vielen schon fast vergessen.

Das Jahr 1989 hat in Europa einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte Politik identitätsstiftend wirken, indem sie Schutz vor äußeren Bedrohungen versprach. Das war diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges nicht anders. Die vorrangige Aufgabe der

Politik in der Epoche des Kalten Krieges erfüllte sich in dieser Schutzfunktion, die der Politik seit Menschen Gedenken zugeteilt ist. Eine staatliche Ordnung hat Schutz vor äußerer Bedrohung zu gewährleisten. In der Zeit des Kalten Krieges sprach diese Feststellung für sich selbst.

Jetzt, nach dem Fall der Mauer, hat sich die Lage verändert. Im ursprünglichen Sinn gibt es zumindest keine greifbare äußere Bedrohung mehr. An deren Stelle ist eine Bedrohung der europäischen Staaten von innen herausgetreten. Es ist die Bedrohung, die alle freiheitlichen Gesellschaften gefährdet, wenn der Wunsch nach kalkulierbaren und bequemen Lebensverhältnissen zur Flucht aus der Freiheit verführt. Die Last der Entscheidung, die mit der Freiheit immer verbunden ist, löst nicht selten die Empfindung aus, überfordert zu sein. Dann kann schnell der Wunsch entstehen, sich anleiten und führen zu lassen.

Zu den großen Herausforderungen aller europäischer Gesellschaften gehört, nachdem die Freiheit 1989 auch in die mittelosteuropäischen Staaten zurückgekehrt ist, ihr eine dauerhafte Heimat zu geben. Europa befindet sich auf der Suche nach gesellschaftlichen Ordnungen, die gewährleisten, dass die Wertschätzung der Freiheit und der Wunsch nach Sicherheit in ein gesellschaftliches Gleichgewicht gebracht werden. Die Zukunft der Christlichen Demokratie in Europa wird entscheidend davon abhängen, welchen Beitrag sie zur Bewältigung dieser Herausforderung leistet.

1. Christliche Demokratie in säkularisierten Gesellschaften

In allen west- und mittelosteuropäischen Gesellschaften hat in den letzten Jahrzehnten ein Prozess der Entkonfessionalisierung stattgefunden, wobei sich Ursachen und

Ausmaß in den einzelnen Ländern unterscheiden mögen. Jedenfalls dauert dieser Prozess bis heute an, ein Ende ist nicht abzusehen. Mit der Abnahme der weltanschaulichen Bindungen verlor auch die Prägestkraft, die von Traditionen und Institutionen ausgeht, an Bedeutung. Mit dem Rückgang der Kirchenbindung schwindet zugleich die Bedeutung der Kirchen im Blick auf Fragen der Lebensgestaltung und Lebensentwürfe. Aber nicht nur die Kirchenbindung geht zurück. Auch die Bindung an Glaubensinhalte spielt eine immer geringere Rolle. Die Glaubensinhalte selbst schließlich verlieren ihre Konturen, werden unverbindlicher und allgemeiner. Der christliche Glaube fordert den Einzelnen weniger als früher; in seiner kirchlichen Prägung verzichtet er weitgehend auf Vorschriften, die als Zumutung verstanden werden können, und so wird er mehr und mehr zu einem von vielen Angeboten auf dem großen Markt der Möglichkeiten.

Wenn Traditionen sich auflösen, verändern sich auch die Sinnhorizonte einer Gesellschaft. Eben dies erleben wir gegenwärtig – und seit 1989 mit einer gewissen Beschleunigung. So wissen zum Beispiel immer weniger junge Leute, was das Kreuz bedeutet. Sie können mit religiösen Symbolen, denen immer auch eine kulturelle Bedeutung eigen ist, in vielen Fällen nichts mehr anfangen. Schließlich ist sich kaum noch jemand der religiösen Wurzeln kultureller Institutionen bewusst. Mit dem Sonntagsgebot verbindet sich nicht mehr der ursprüngliche Sinn; die Bußzeit vor Ostern wird für therapeutisches Heilfasten genutzt, und der Weihnachtsbaum, der früher einmal der Christbaum war, ist heute der sichtbare Ausdruck eines Festes der uneingeschränkten Konsumfreude.

Die ursprünglichen Inhalte von Traditionen und Riten, Institutionen und Symbolen verblassen, das Verständnis ihrer Bedeutung ist längst ein anderes geworden. Verhaltensweisen werden in der säkularisierten Gesellschaft

nicht mehr so sehr durch religiös inspirierte Vorstellungen beeinflusst und geprägt. Die normierende Kraft des christlichen Glaubens wird immer schwächer.

Für die Christliche Demokratie ergeben sich daraus tiefgreifende Folgen. Das „C“ wird zunehmend als Fremdkörper in einer säkularisierten Gesellschaft empfunden, als eine Hinterlassenschaft, deren Sinngehalt sich kaum noch erschließt. Immer weniger Menschen verstehen noch, was mit dem „C“ gemeint ist, während für immer mehr Menschen dieses „C“ ein ausgesprochenes Ärgernis wird. Denn mit dem Anspruch des Christlichen verbindet sich die Geltungskraft einer Norm, die in einer Zeit, in der Menschen vor allem Autonomie wollen, wenig Verständnis findet.

Das Lebensgefühl der europäischen Gesellschaften ist heute nicht zuletzt dadurch bestimmt, dass Selbstbestimmung gegen Fremdbestimmung und Freiheit gegen Einengung ausgespielt werden. Die meisten Menschen unserer Zeit sind beseelt vom Wunsch nach einem ungebundenen Leben – jenseits von Regeln und Vorschriften, die im Ergebnis eine Eingrenzung persönlicher Möglichkeiten und Interessen bewirken. In der Gesellschaft leben viele so, wie es ihnen Spaß macht, und der Politik bleibt oft keine andere Wahl, als der Maxime zu folgen: Was Euch gefällt, werden wir entscheiden.

2. Die Aktualität des christlichen Menschenbildes

Wer sich in der Politik dem Anspruch des Christlichen verbunden weiß, hat damit eine Entscheidung für ein bestimmtes Menschenbild – das christliche Menschenbild – getroffen. Dieses Menschenbild gründet auf Freiheit und Selbstbestimmung, die es verteidigt gegen die Machtansprüche Dritter und gegen die Fremdbestimmung durch innerweltliche Götzen. Man muss nicht an die zeitgenössi-

sche bioethische Debatte erinnern, um zu wissen, welche Macht ein Götze wie der Machbarkeitswahn über Menschen gewinnen kann. Das Idol des homo faber spukt heute durch die freiheitlichen Gesellschaften Europas wie in vergangenen Jahrhunderten. Es gibt nicht wenige, die diesem Idol sogar die Überzeugung von der Unverfügbarkeit des Menschen opfern. Überhaupt spricht einiges dafür, dass nach dem Zeitalter der Ideologien ein Zeitalter der Idole einsetzt.

Dagegen hält das christliche Menschenbild unverrückbar an seiner Sicht des Menschen als Person fest. Als Person hat der Mensch eine unverletzliche Würde. Sein Recht auf Selbstbestimmung ist Ausfluss eben dieser Würde; gemäß dem christlichen Menschenbild ist diese Würde jeder rechtsetzenden Instanz und Gesetzgebung vorgängig und deshalb unantastbar.

Dieses Bild vom Menschen hat Folgen für die ganze soziale und staatliche Ordnung. Wer überzeugt ist von der Unantastbarkeit der Würde der Person, kann und darf nie einen Menschen nach seiner Nützlichkeit oder seiner Brauchbarkeit beurteilen. Der Schutz der Würde ist daher ganz und gar unabhängig von der Frage, in welchem Verhältnis die Menschen zueinander stehen und wie es um ihre physische oder psychische Leistungskraft steht. Der Schutz der unverletzlichen menschlichen Würde gilt für jeden in gleicher Weise, welche Eigenschaften er auch immer haben möge. Der Mensch kann stark oder schwach, reich oder arm, groß oder klein, wehrlos oder mächtig sein – nichts und niemand darf seine Würde einschränken oder verletzen.

Was dies für die Gesetzgebung, die den Schutz des Lebens an seinem Anfang und an seinem Ende bedeutet, zeigt die Diskussion über Fragen der Präimplantationsdiagnostik, des Umgangs mit Embryonen und der Möglichkeit des Klonens.

Das christliche Menschenbild, das die Würde eines jeden Menschen als schutzwürdig anerkennt und keine Einschränkung dieser Norm zulässt, ist allen Kulturen überlegen. Kein anderer Kulturkreis hat eine anthropologische Norm von solchem Gewicht entwickelt, kein anderes Menschenbild verleiht in vergleichbarer Weise der Einzelperson Schutz und Würde. Welcher Kultur auch immer ein Mensch entstammt, wie immer Menschen erzogen werden und was immer ihre Überzeugung ausmacht: Das christliche Menschenbild erfüllt wie kein anderes die Sehnsucht nach Leben und Anerkennung.

3. Das Gesellschaftsbild der Christlichen Demokratie

Das christliche Menschenbild und sein Bekenntnis zur Personalität führt ganz unmittelbar zu einem gesellschaftlichen Ordnungsprinzip, nämlich dem Grundsatz der Subsidiarität. Dieser Grundsatz bewahrt vor jeder Form von Entmündigung. Deshalb ist er so etwas wie das Gesetz der Freiheit einer Gesellschaft. Wenn Subsidiarität der Grundsatz ist, nach dem sich Aufbau und Gliederung einer Gesellschaft richten, dann ist jeder sein eigener Herr, solange er seine Freiheit nicht auf Kosten der anderen sucht.

So manifestiert sich in der christlichen Anthropologie und Sozialethik ein Verständnis von Gesellschaft als einem Geflecht von Beziehungen gleichberechtigter Achtung und Anerkennung zum wechselseitigen Vorteil. Eine Folge dieses Gesellschaftsbildes ist es, dass beispielsweise eine mittelständische Ordnung der Wirtschaft immer Vorrang hat vor anderen Ordnungen, weil sie eben jener Beziehung wechselseitiger Verantwortung zum gegenseitigen Vorteil unmittelbaren Ausdruck verleiht. Dieses Verständnis vom Menschen und der sozialen Ordnung muss einmünden in eine Politik, die durch Anreize zur Übernahme wechselsei-

tiger Verantwortung stimuliert. Es ist eben jener gegenseitige Vorteil, der in einer Gesellschaft einher gehen soll mit der Organisation von Verantwortung im Gemeinwesen. Eine Gesellschaft, die auf dem christlichen Menschenbild aufbaut, fördert solche Strukturen persönlicher Beziehungen in wechselseitiger Verantwortung. Sie hütet sich davor, die Menschen zu überfordern, indem sie als Preis für die Übernahme von Verantwortung verlangt, den eigenen Nutzen hinten zu stellen.

Ein plastisches Beispiel hierfür ist die Familie, die in einer auf dem christlichen Menschenbild aufbauenden Gesellschaftsordnung selbstverständlich eine Schlüsselrolle einnimmt. Wie keine andere Form des Zusammenlebens vermittelt die Familie die Erfahrung von Zuwendung, Verlässlichkeit und Vertrauen. Keine andere Lebensform eröffnet in vergleichbarer Weise einen Raum für diese Erfahrungen. Ehe und Familie sind deshalb das Fundament, auf dem die gesamte soziale Ordnung aufbaut. Hier lernt der Mensch, was es bedeutet, sich zu binden, Verantwortung zu übernehmen, seine eigenen Erwartungen mit denen anderer zu bewerten und in Einklang zu bringen. Nirgendwo sonst bildet sich in vergleichbarer Weise ein Gespür für das Ethos – also für die Notwendigkeit einer gemeinsamen Übereinstimmung in Grundfragen des menschlichen Miteinanders zum Nutzen aller.

Die Vorrangstellung von Ehe und Familie ist ihrerseits eine Folge normativen Denkens, also vernünftiger und vernunftrechtlicher Erwägungen. Die Institution wirkt und prägt im Sinne dieses normativen Denkens, das seinerseits die Institution selbst begründet hat. Die Wirkweise einer Institution hängt davon ab, inwieweit es ihr gelingt, einen Raum für Erfahrungen zu eröffnen. Jede Familie ist getragen von dieser Erfahrung, dass der andere auch dann Achtung verdient, wenn er meinen eigenen Wünschen widerspricht. In diesem Sinne ist Familie der Zellkern einer

Gesellschaft, die jeden Menschen in seiner gleichen Würde achtet, ohne der Täuschung zu erliegen, es gäbe ein Zusammenleben ohne tiefgreifende und schwer überbrückbare Meinungsverschiedenheiten.

Eine Gesellschaftsordnung, die dem christlichen Bild vom Menschen folgt, schafft Institutionen, die verhindern, dass andere Menschen nur als Mittel zur Erfüllung eigener Erwartungen verzweckt werden. Sei es nun das Designerbaby, die befristete Lebensabschnittspartnerschaft, eine arbeitsrechtliche Erlaubnis zum hire und fire oder der Allmachtswahn mancher Vertreter der Humanwissenschaften: Alle genannten Beispiele haben gemeinsam, dass sie der Verzweckung des Menschen nicht widersprechen und bereit sind, andere nur als Mittel zum – vermeintlich guten – Zweck zu missbrauchen.

Der Grundsatz, dass der Mensch nie nur Mittel sein darf, ist kein Glaubenssatz einer weltfremden Moral und schon gar nicht ein Bekenntnis zur Einengung von Lebenschancen. Im Gegenteil: Dieser Satz macht die Lebensmöglichkeiten eines Menschen erst zur Lebenswirklichkeit. Als normativer Grundsatz, der mein eigenes Verhalten bestimmt und begrenzt, beschreibt er zugleich meinen eigenen Nutzen, meinen Vorteil und meinen Wunsch. Wie die Goldene Regel kann er Verbindlichkeit beanspruchen für jedermann zu jeder Zeit, weil er – ganz unabhängig von den Quellen seiner Begründung – eine für jeden Menschen gleiche und geschützte Wirklichkeit begründet, die nicht von den Launen Dritter abhängt.

4. Die Christlichen Demokraten in Europa

Die west- und mittelosteuropäischen Gesellschaften sind von diesen Einsichten ziemlich weit entfernt. Wohl finden sich diese Vorstellungen zuhauf in unseren Verfassungen,

doch prägen sie immer weniger die Empfindungen der Menschen. Das ist der Grund, warum eine Politik, die sich dem christlichen Menschenbild verpflichtet weiß, immer stärker unter Begründungszwang gerät. Nichts in diesem Zusammenhang kann heute noch als selbstverständlich vorausgesetzt werden, schlimmer noch: Das Bekenntnis zu einer Struktur oder einer Norm missverstehen heute viele Menschen als eine Art von Freiheitsberaubung, zumindest jedoch als eine Einengung von Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten. Der bekennende Verweis auf eine soziale und staatliche Ordnung, auf gesellschaftliche Institutionen und die Bevorzugung bestimmter Formen des Zusammenlebens wird von immer mehr Menschen als Widerspruch zu einem Lebensentwurf empfunden, der gerne der jeweiligen Laune des Tages folgen möchte.

Ein solches Lebensgefühl fördert die Atomisierung einer Gesellschaft. Diese Entwicklung, die sich in allen west- und mittelosteuropäischen Ländern verfolgen lässt, führt zu einer *neuen sozialen Frage* – ein Problem, das um des gesellschaftlichen Zusammenhaltes willen gelöst werden muss. Die Antwort der Christlichen Demokratie auf diese neue soziale Frage ist der Verweis auf eine Ordnung der Gesellschaft, die die Menschen zu ihrem gegenseitigen Nutzen zusammenführt und Anreize zu einer organisierten Verantwortung bietet. Diese Art von Gesellschaftsvertrag, die den Grundsätzen der christlichen Anthropologie und Sozialethik entstammen, kann uneingeschränkt Geltung beanspruchen auch für diejenigen Menschen und Gesellschaften, die mit der letztlich christlich-theologischen Begründung und Herleitung solcher Vorstellungen nicht mehr überein stimmen. In diesem Punkt sind die Bedingungen in West- und Mitteleuropa – trotz gewisser Unterschiede in anderen Bereichen – insgesamt ähnlich. Der Grad der Säkularisierung in Frankreich und Deutschland entspricht weitgehend dem in Litauen oder der Tsche-

chischen Republik. Die Herausforderung der Christlichen Demokratie besteht darin, einen Gesellschaftsentwurf zu finden, der die Grundsätze der christlichen Anthropologie weitgehend aufnimmt, zugleich aber auch universell Geltung beanspruchen kann, zumindest für den europäischen Kulturkreis.

Christliche Demokratie ist heute nicht mehr ein Bollwerk gegen totalitäre Ideologien. Christliche Demokratie heute ist auch keine soziologisch zu beschreibende Bewegung mehr. Vielmehr muss Christliche Demokratie heute einen Entwurf beinhalten, welche Gesellschaftsordnung auf den Trümmern der zusammengebrochenen Ideologien in Europa zu bauen ist. Nach dem Sündenfall des Totalitarismus und der Diskreditierung der Ideologien muss sich die Christliche Demokratie heute mit einem Zukunftsprojekt verbinden. Dieses Projekt ist der Entwurf einer freien und zugleich verantwortlichen Gesellschaft – ein Gesellschaftsbild, das eng mit dem christlichen Menschenbild verbunden ist, die sich beide rechtfertigen müssen im Kampf der Kulturen.

Mehr als ein halbes Jahrhundert fühlten sich die Christliche Demokraten herausgefordert durch die totalitären Ideologien und Ordnungssysteme. Unsere Herausforderung heute ist die Freiheit. Das christliche Menschenbild bietet angesichts dieser Konstellationen eine einzigartige Chance, ein einzigartiges Konzept, angemessene Antworten zu finden. Es ist hierzu wie keine andere politische Theorie und Weltanschauung gerüstet. Die Chancen der Christlichen Demokratie im zusammenwachsenden Europa sind daher größer als je zuvor.